

**Antrag der CDU/FDP
Stadtratsfraktion**

öffentlich

Datum	Nummer
02.10.2024	A0234/24

Absender

CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates

Wigbert Schwenke

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

17.10.2024

Kurztitel

**Demokratie ermöglichen: öffentliche Gebäude für
parteipolitische Veranstaltungen**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Satzungen bzw. Nutzungs- und Entgeltordnungen aller öffentlichen Gebäude und Bürgerhäuser in kommunaler Hand dahingehend zu überprüfen und ggf. zu ändern, dass politischen Parteien die Nutzung für Veranstaltungen ermöglicht werden.

Ausgenommen davon sollen besonders repräsentative, öffentliche Gebäude in kommunaler Hand sein, wie zum Beispiel das Rathaus, die Johanniskirche und das Gesellschaftshaus.

Wir bitten um Überweisung in den KRB.

Begründung

Parteien haben eine herausgehobene Stellung in unserer Demokratie. Diese ist im Grundgesetz Artikel 21 manifestiert. Um ihre Aufgabe der „Mitwirkung an der Willensbildung des Volkes“ gerecht werden zu können, muss ihnen die Möglichkeit der Nutzung öffentlicher Gebäude gegeben werden. In einigen Nutzungs- und Entgeltordnungen ist dies ausgeschlossen. Besondere repräsentative öffentliche Gebäude sollen ausgeschlossen sein und bleiben, um nicht politisch instrumentalisiert zu werden.

Tim Rohne

Fraktionsvorsitzender der CDU/FDP Stadtratsfraktion